

Ohne Diktat keine Veränderung?

Westphal (SPD) und von Holtz (Grüne) treten in Live-Stream-Debatte für Lieferkettengesetz ein

Hildesheim. Bis zur Bundestagswahl im nächsten Herbst wird Deutschland ein Lieferkettengesetz mit verlässlichen Umwelt- und Sozialstandards verabschiedet haben – das ist zumindest die Hoffnung von Maren Leifker, Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte bei Brot für die Welt – mit dem Zusatz: „Ich bin Berufsoptimistin.“ Bei einer Live-Stream-Diskussion im Rahmen der Aktionswochen Weltwechsel Niedersachsen gab sich auch der Hildesheimer Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal (SPD) zuversichtlich, dass Beharrlichkeit zum Ziel führen werde: „Wir müssen hart bleiben in der Diskussion.“ Sein Kollege im Bundestag Ottmar von Holtz (Grüne) goss etwas Wasser in den Wein, wie er selbst sagte: Die Wahl sei nicht mehr fern: „Die Zeit läuft ab“, meinte er, „ich bin wenig optimistisch, dass wir bis zum November 2021 das Gesetz haben werden.“

Dass ein solches Gesetz richtig und wichtig wäre, darüber sind sich die Abgeordneten einig. Der Hildesheimer Grünen-Politiker Ottmar von Holtz hatte zusammen mit Michaela Grön, Projektleiterin Lernen eine Welt zu sein im evangelischen Kirchenkreis Hildesheim-Sarstedt, zu der Diskussion eingeladen. Ursprünglich sollte sie mit Publikum im Riedelsaal der VHS stattfinden, wurde aber wegen des Corona-Lockdowns kurzfristig über den Kultur-Stream gesendet, live aus dem Hildesheimer Ratskeller.

Mit dabei ist auch Anna-Katharina Thiel vom Verein Fair in Braunschweig, die den Abend moderiert. Maren Leifker wird aus Berlin zugeschaltet. Über eine Handy-App können Zuschauer Fragen und Statements in die Runde senden.

Kinderarbeit, Zwangsarbeit, gefährliche Arbeitsbedingungen, Umweltzerstörung, Löhne, die nicht zum Leben reichen: Für die Ausbeutung beim Abbau von Rohstoffen und der Produktion von Konsumgütern im globalen Süden trage Deutschland eine Mitverantwortung, sind sich die Diskutierenden einig.

Doch anstatt voranzugehen, trete die Bundesrepublik als Bremsen auf. Freiwillige Verpflichtungen brächten keine Veränderungen, erklärte Leifker. Eine gesetzliche Regelung müsse her mit staatlichen Kontrollen über Zertifizierungen und der Sanktionierung von Verstößen. Viel Kritik gab es für Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Zwar hätten Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ein Lieferkettengesetz vorgelegt, das bremse Altmaier aber aus. Das Argument, ein Lieferkettengesetz schade deutschen Unternehmen, ließ Bernd Westphal nicht gelten. Es vermeide vielmehr Wettbewerbsnachteile für diejenigen, die verantwortungsbewusst arbeiten, und helfe den liefernden Ländern: „Soziale Schief lagen sind schädlich für eine ökonomische Entwicklung.“ *sf*



Gleich geht der Live-Stream los: Im Ratskeller warten die Abgeordneten Bernd Westphal und Ottmar von Holtz entspannt auf das Startzeichen.